

Wenn aus Islamisten “Flüchtlinge” werden

Würde es nur nach dem Willen der Willkommensparteien gehen, dann wären alle Asylanten nur noch Flüchtlinge und Schutzbedürftige. Wer jedoch tatsächlich geschützt werden muss, dass zeigt sich an dem aktuellen Bamf-Skandal. Besonders brisant ist dabei, dass offenbar der neue Innenminister Seehofer in die Vorgänge tief verstrickt sein soll.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits, weil ca. 2.000 Ausländer unrechtmäßig Asyl gewährt worden sein soll. Davon profitierten scheinbar auch Gefährder und andere Kriminelle. Seit Monaten schon ermittelt die Staatsanwaltschaft in diesem Vorfall. Mindestens fünf Wochen lang wurde Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nach offiziellen Angaben von engsten Mitarbeitern nicht über den Bremer Asyl-Skandal informiert. Die inzwischen zwangsversetzte Leiterin der dortigen Außenstelle, Josefa Schmid, bat nach Angaben des Ministeriums am 14. März erstmals in Seehofers dortigem Büro um einen persönlichen Gesprächstermin. Seehofer habe aber erst am 19. April aufgrund der polizeilichen Untersuchungen von den Vorgängen in Bremen erfahren, erklärte ein Sprecher des Ministeriums am Dienstag in Berlin. Schon am 4. April hatte der Parlamentarische Staatssekretär Mayer (CSU) mit Schmid telefoniert und einen ausführlichen schriftlichen Bericht über mögliche Unregelmäßigkeiten in der Bremer Bamf-Außenstelle von ihr erhalten. Immer mehr entwickelt sich hier die Vermutung, dass der Skandal politisch vertuscht werden sollte. Im Raum steht dabei auch, ob es weitere Fälle dieser Art in Deutschland gibt.

BKA-Analyse zur Kriminalität von Asylanten

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat ein aktuelles und interessantes Lagebild zur „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ für die Jahre 2015 bis 2017 veröffentlicht. Hier wird deutlich, welche Personengruppen besonders kriminell sind. Bei Zuwanderern aus den Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien liegt der Anteil der Asylanten, die als Verdächtige ermittelt wurden, bei 9 Prozent. Ähnlich ist es demnach bei Asylbewerbern aus Serbien oder Georgien. Der Anteil der Serben an den Tatverdächtigen wird mit 3,1 Prozent angegeben. Bei den aufgeklärten Sexualstraftaten registrierte die Polizei 2017 eine Zunahme der Fälle, in denen Zuwanderer als Täter ermittelt wurden. Insgesamt wurden 2017 5.258 Sexualstraftaten registriert. 2016 waren es 3.404 Fälle. Im Jahr 2017 wurden in Deutschland insgesamt 39.829 Tatverdächtige registriert (2016 33.533). 12 Prozent der 2017 gezählten Tatverdächtigen waren Asylanten und sog. Flüchtlinge (4.852 Personen), 2016 waren es noch 10 Prozent (3.329 Personen).

Besonders Tatverdächtigen aus Afghanistan und Pakistan verzeichnen einen erhöhten Anteil von Straftaten bei Sexualdelikten. 5,5 Prozent der Tatverdächtigen kamen aus Afghanistan, 6 Prozent aus Pakistan.

Auch bei Gewaltdelikten stiegen die Zahlen an. Im Jahr 2017 wurden 71.000 Rohheitsdelikte erfasst, bei denen mindestens ein Asylant als Tatverdächtiger ermittelt wurde (2016: 69.035 Fälle). Insgesamt wurden 335 Fälle (2016: 296) von Totschlag registriert. Mordfälle zählte die Polizei im Jahr 2017 82, 2016 waren es noch 75.

EU-Beitrittswahnsinn geht weiter



Als hätte die EU nicht bereits das Armenhaus Europas aufgenommen, so soll diese Länderzahl jetzt noch vergrößert werden. Albanien wurde als nächster Kandidat gefunden. Das Land gilt als einer der Drogenumschlagsplätze Nummer 1 in Europa. Die Kriminalität ist auf Rekordniveau, ebenso wie die Armut. Damit die Sache auch rund ist, herrscht in dem Land ein ernsthaftes

und anhaltendes Korruptionsproblem. Kurz gesagt: Albanien ist qualifiziert für die EU und wird sicherlich die Aufbauhilfen mafiös verteilen und versickern lassen. Dennoch soll der kleine Balkanstaat mit den großen Defiziten EU-Mitglied werden. Die Regierung in Tirana ist fest entschlossen: Für uns geht es um Leben und Tod, sagt Ministerpräsident Edi Rama. Die EU und besonders Deutschland soll retten, was Politik und Wirtschaft konsequent ruiniert haben. Die Kommission in Brüssel sieht es ähnlich. Sie hat Mitte April die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sowohl mit Albanien als auch mit dessen Nachbarn Mazedonien empfohlen.

Auch die Kanzlerin der grenzenlosen Einwanderungspolitik Merkel sieht eine grundsätzliche Verantwortung der EU auf dem Westbalkan: „Wir haben hier eine Verpflichtung, die über Krieg und Frieden auf unserem Kontinent entscheidet; und dieser Verpflichtung müssen wir nachkommen“, sagte sie kürzlich gegenüber der Presse. Es geht aber nicht nur um Albanien und Mazedonien. Mit Serbien und Montenegro haben die Beitrittsgespräche bereits begonnen.

Mehr ausreisepflichtige Asylanten in Berlin

In Berlin sind die Zahlen der abgelehnten Asylanten, die zur Ausreise verpflichtet sind, weiter angestiegen. Gleichzeitig werden etwas weniger Personen abgeschoben. Ende März dieses Jahres waren in der Hauptstadt 43.561 abgelehnte Asylbewerber offiziell registriert, ein knappes Jahr zuvor lag die Zahl noch bei rund 40.000. Ausreisepflichtig waren Ende März 11.905 Menschen, ein Jahr zuvor waren es 11.400. Von Januar bis März 2018 wurden 308 Menschen abgeschoben, die meisten davon waren abgelehnte Asylbewerber. Im ganzen Jahr 2017 hatten die Berliner Behörden 1.638 Ausländer abgeschoben. Zudem reisten 2017 insgesamt 3.629 Personen freiwillig aus. Beide Zahlen lagen deutlich unter den Größenordnungen von 2016.

Unklare Identität, keine Abschiebung

Die Fälle der Mehrfachidentitäten ist kaum statistisch zu erfassen und werden oft nur zufällig entdeckt. Das Bamf hat jetzt untersucht, wie mit jenen Asylanten umgegangen wird, deren Anerkennungen man derzeit überprüft. In diesen Widerrufsverfahren gibt es offenbar eklatante Mängel. Demnach bleibe oft auch im zweiten Durchgang die Identität der Asylbewerber unklar, trotzdem behielten sie ihre Anerkennung. Nachdem der Fall des Bundeswehrsoldaten Franco A., der als vermeintlicher Syrer anerkannt wurde, vor einem Jahr aufgefliegen war, kündigte der damalige Innenminister de Maizière an, 148.000 positive Bescheide vorzeitig kontrollieren zu lassen. Eine Anerkennung kann widerrufen werden, wenn sich im Herkunftsland die Lage gebessert hat; sie kann auch zurückgenommen werden, wenn im Erstverfahren getäuscht oder geschlampt wurde. Dieses Jahr wurden laut Bamf 29.500 Widerrufsverfahren entschieden. Eine verschwindend geringe Zahl (rund 200 Bescheide) wurden geändert. Laut den internen Prüfern müsste die Zahl deutlich höher sein. Fünf Punkte werden bemängelt: Bei Asylbewerbern aus Syrien und dem Irak werde die Anerkennung selbst dann nicht kassiert, wenn Erstverfahren seitens des Bamf nicht ordnungsgemäß, offenkundig oder ggf. fahrlässig fehlerhaft bearbeitet worden sind.

Die Anerkennungen blieben unangetastet, selbst wenn Hinweise vorlägen, dass die Identität nicht oder nicht ausreichend geklärt sei; dass eine doppelte Staatsangehörigkeit vorliege; dass ein Asylant für einen anderen Staat einen dauerhaften Aufenthaltstitel habe oder regelmäßig zu Besuchszwecken in seine Heimat reise. Im Ergebnis lässt dann auch verstehen, warum die Abschiebezahlen so gering sind.

10.000ende Kita-Plätze fehlen

Bundesweit fehlen 10.000ende Kita-Plätze und immer mehr Kommunen stehen vor dem Problem, dass wütende und enttäuschte Eltern klagen wollen. Seit August 2013 haben Eltern auch für Kinder zwischen dem ersten und dem dritten Lebensjahr Anspruch auf frühkindliche Förderung. Die Begründung ist oftmals immer identisch: Es wird gebaut und für noch mehr Kita-Plätze wären keine finanziellen Mittel verfügbar. Dabei sind es oftmals nicht die fehlenden Mittel, sondern die falsche Verteilung, die zu dem Platzmangel führen.

Parteitag am 26.5.2018

Am 26.05.2018 führen wir unseren Parteitag durch, auf dem die Kandidaten für die Europawahl aufgestellt werden. An alle Mitglieder wurden hierfür die Einladungen versendet.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen

Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**



Spenden für
Deutschland >



Kontakt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. in Bruchsal und Wiesental. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.